

# Freiberger Anzeiger und Tageblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Braun in Freiberg.

38. Jahrgang.

Inserate werden bis Vormittag 11 Uhr angenommen und beträgt der Preis für die gespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf.

1885.

N<sup>o</sup> 160.

Ercheint jeden Wochentag Abends 7/8 Uhr für den andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Mark 25 Pf., zweimonatlich 1 M. 50 Pf. und einmonatlich 75 Pf.

Dienstag, den 14. Juli.

## Bericht der Handels- und Gewerbesammer zu Dresden.

I.

In dem jetzt erschienenen Bericht der Dresdner Handels- und Gewerbesammer wird die allgemeine Lage des Handels und der Gewerbe in dem Jahre 1884 in folgender Weise geschildert: „Aehnlich wie im Vorjahre sind wir von größeren wirtschaftlichen Krisen verschont geblieben. Trotz tiefereinschneidender gesetzgeberischer Neugestaltungen im eigenen Lande und obgleich Kriege und Epidemien einzelne nicht unwichtige ferne Absatzgebiete deutscher Erzeugnisse heimlich, hat sich die Handels- und Gewerbetätigkeit des Kammerbezirks weiter entwickelt, ohne für die allernächste Zukunft Anlaß zu ernstlichen Besorgnissen in der Richtung zu bieten, daß eine schnelle rückgängige Bewegung, ein Niedergang des Wohlstandes der gewerb- und handeltreibenden Bevölkerung bevorstehe. Gute Ernten im Inlande wie in den maßgebenden fremden Produktionsgebieten, wenig getrübt politische Verhältnisse in den europäischen Staaten, neu angeknüpfter und erweiterter Ausfuhrverkehr mit einzelnen überseeischen Ländern haben zur Sicherung unserer volkswirtschaftlichen Verhältnisse und weltwirtschaftlichen Beziehungen ihr Theil beigetragen. Andererseits ist die Ausfuhr der Erzeugnisse unserer Großindustrien nach den wichtigeren europäischen Staaten wie nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika durch hohe Zölle vielfach stark beeinträchtigt, in einzelnen Zweigen gänzlich lahm gelegt. Die amerikanische Eisenbahn- und die deutsch-österreichische Zuckerkrisis haben ihre Schatten auch in unseren Industriebezirk geworfen; die in Italien, Frankreich und Spanien vorübergehend aufgetretene Cholera, die Geldkrise in den Donauländern haben den Verkehr nach und von diesen Ländern erschwert. Das lange Jahre regelmäßig abgewickelte Geschäft mehrerer Fabrikfirmen des Bezirkes nach England gestaltete sich schwieriger und dürfte sich dauernd in dem Maße abschwächen, in welchem der direkte deutsche Verkehr nach den überseeischen Ländern und speziell nach den englischen Kolonien sich heben wird.

In den Verhältnissen des Zwischen- und Binnenhandels kommen bedeutende Verschiebungen je länger je mehr zur Geltung, durch welche eine Anzahl der bestehenden größeren Handelsunternehmungen empfindliche Erwerbsrückgänge erleiden. Alles drängt auf Befestigung der Mittelglieder zwischen Produzenten und Konsumenten, wozu die erleichterten Verkehrsverhältnisse vielfach Gelegenheit bieten. Unter Verknüpfung der handelsgeschichtlichen Entwicklung, ja selbst unserer heutigen Volkswirtschaft geht man vereinzelt sogar soweit, den Zwischenhandel überhaupt abschaffen zu wollen und die dem Handel geminderte Thätigkeit als eine für unser Wirtschaftsleben minder werthvolle und thumlichster Einschränkung bedürftige Thätigkeit zu bezeichnen. Es genügt, thätig zu bemerken, daß unsere gesammten modernen Verkehrsverhältnisse eine Zentralisirung des Binnen- und Zwischenhandels in den Händen weniger großen Firmen nicht begünstigen, daß solche in Wechselwirkung mit der Gewerbe- und Niederlassungsfreiheit vielmehr die Entstehung zahlreicher mittleren und kleinen Handelsgeschäfte erleichtern, und damit die Selbständigmachung und unabhängige bürgerliche Existenz vieler tüchtigen Einzelunternehmer ermöglichen, selbst wenn solchen von Haus aus größere Kapitalien nicht zur Verfügung stehen.

Gegenüber der zentralisirenden, kapitalistischen Richtung der großindustriellen Thätigkeit, gegen welche, weil in der modernen Technik begründet, nur in einem beschränkten Maße angeknüpft werden kann, erscheint jene individualistische Richtung des Handels und Erwerbs von unschätzbarem Werthe. Jedenfalls sind etwa zweidrittel der dem „Handwerkerberufe“ angehörigen Kreise durch diese über Wasser gehalten d. h. in ihrer selbständigen bürgerlichen Existenz erhalten worden und davor bewahrt geblieben, daß sie als Lohnarbeiter in der Großindustrie aufgingen. Die Erwerbsverhältnisse dieser dem gewerblichen Mittelstande angehörigen Existenzen sind keineswegs als glänzende, immerhin aber als auskömmliche zu bezeichnen und jedenfalls bessere als diejenigen des Durchschnitts der Fabrikarbeiter. Nur ein sehr kleiner Theil der seitherigen Handwerker kann nach früherer Art fortarbeiten; der überwiegende

Theil ist genöthigt, sich dem Kleinhandel zuzuwenden oder mit vervollkommenen Betriebseinrichtungen „Spezialitäten“ zu fabriciren. Keine gesetzgeberische oder Verwaltungsmaßregel eines oder mehrerer Staaten wird angeht die unauhaltbare weltwirtschaftliche Entwicklung mächtig genug sein, um dieses Entweder-Oder zu umgehen, zu befeitigen oder in seinen Wirkungen abzuschwächen.

Einige Zweige des Großhandels sind unter dem Einflusse verkehrspolitischer Maßnahmen im Jahre 1884 noch weiter zurückgegangen. So ist der Dresdner Transitohandel in Kaffee und Zucker unter dem Drucke der direkten Eisenbahntarife, der Wagenladungsfrachten, der österreichischen Zollerhöhungen und Differentialzölle zur fast völligen Bedeutungslosigkeit herabgesunken. In Folge des Postpacttarifs ist dafür eine neue vielfach geübte Handelsform, das sogenannte „Engrosdetailiren“ über das ganze Postgebiet in Schwung gekommen, wodurch die früheren Formen des Großirens und Detailirens stark beeinträchtigt wurden. Es ist uns völlig zweifellos, daß trotzdem der jetzt angestrebte direkte Verkehr des Konsumenten mit dem Großproduzenten wirtschaftlich falsch ist und daß dergleichen Bestrebungen auf die Dauer keinen Erfolg versprechen.

Die Großindustrie war in den meisten Zweigen voll beschäftigt; eine wesentliche Produktionszunahme ist unverkennbar, Geld für dieselbe zu Neuanlagen und Betriebs-erweiterungen flüssig und billig. Eine entsprechende Erhöhung der Unternehmergewinne ist dagegen nicht eingetreten, ebenso wenig als sich das Lohnniveau der gewerblichen Hilfsarbeiter erhöht hat. Beides hängt damit zusammen, daß die Geschäfte im Allgemeinen schwieriger, die Speesen und das Risiko größer geworden sind. Trotzdem hat sich das Gesamteinkommen aus selbständigem Handel- und Gewerbebetrieb mit der gestiegenen Bevölkerung vermehrt, was die bei den Einkommensteuereinschätzungen festgestellten Ziffern — gewerbliches Einkommen im Kammerbezirk 1882: rund 114 Mill., 1884: rund 116 Mill. Mark — beweisen. Günstiger noch scheint sich das Ergebnis der Einkünfte der gewerblichen Hilfsarbeiter zu stellen, welche in der Einkommensteuer-Statistik unter „Gehalte und Löhne“ mitenthaltend sind. Voraussetzlich ist die Steigerung der diesbezüglichen Jahressumme von 147 Millionen in 1882 auf 162 Millionen in 1884 zum geringeren Theil auf höhere Gehalte der Staats- und Gemeinde-Beamten oder höhere Löhne der landwirtschaftlichen Arbeiter, vielmehr in ausschlaggebender Weise auf die besseren Gesamteinkommen der Gewerbs- und Angestellten zurückzuführen. Das Letztere ist aber deshalb anzunehmen, weil bei gleichgebliebenen Afford- und Zeitlöhnen in der Industrie länger, mehr und besser gearbeitet worden ist. Der Handwerksbetrieb im engeren Sinne ist anbauend geblieben, vielleicht mit Ausnahme der tüchtigeren und kapitalkräftigeren Fleischer und Bäcker. Die von dem Boden des Handwerks ausgehende, aus demselben fort und fort in zahlreichen Einzelexistenzen herauswachsende Kleinfabrication hat namentlich in Dresden und den größeren Mittelstädten eine namhafte Anzahl tüchtiger Vertreter aufzuweisen, welche auch im Jahre 1884 eines guten Einkommens sich erfreut haben. Daß der schon erwähnte Kleinhandel mit Handwerks- und Industrieerzeugnissen, ebenso wie der Detailhandel mit Produkten und Konsumtibilien einen besseren Gewinn als angedeutet nicht abwirft, ist zum Theil in dem häufigen Mangel ordnungsmäßiger Verkaufskalkulationen, anderen Theils darin begründet, daß derselbe fast allenthalben stark über- und deshalb der Umsatz der Einzelgeschäfte ein zu geringer ist.

Trotz dieses Uebelstandes, welcher die angeedeutete handelsfeindliche Tendenz zu rechtfertigen scheint, ist die Summe des von der heimischen Industrie fabricirten Waarenquantums hinter dem Bedarfe keinesfalls zurückbleibend. Die Zahl der erzeugenden Elemente ist groß genug, und die Anbahnung von Maßregeln, um handelstreibende Elemente zu produzierenden zu machen, sie aus den Komptoirs, von den Ladentischen oder dem Handelsbetriebe im Umherziehen in die Werkstätten und Fabriken zurückzuführen, z. B. vom industriellen Standpunkte aus als dringlich kaum zu bezeichnen. Die Konkurrenz ist vielmehr, wie auf allen vorbesprochenen Gebieten, so auch auf dem industriellen schon jetzt eine sehr große und der erweiterte Abfluß deutscher Waaren nach dem Auslande dringend geboten.

## Tageschau.

Freiberg, den 13. Juli.

Als Freitag Abend der deutsche Kaiser in Ems ausfuhr, warf ein älterer Mann, der in der Schar der Badegäste stand, einen mit Erde gefüllten Wasserkrug vor sich hin, wobei er einige unverständliche Worte murmelte. Der Krug zerbrach in Scherben, wodurch die Pferde der kaiserlichen Equipage erschreckt wurden; der Kaiser bemerkte aber den Vorfall gar nicht. Der sofort sistirte Mensch, ein irrsinniger Wöthchmeister aus Frankfurt a. O., erklärte im Verhör, er sei mit einer Mission an den Kaiser nach Ems gekommen; er wolle demselben ein Mittel gegen Uebereschwemmungen entzünden und habe durch Zerbrechen des Kruges sich nur anmelden wollen. Der Irtsinnige wurde in das Hospital gebracht. Am gestrigen Sonntag empfing der Kaiser den aus Bonn in Ems eingetroffenen Prinzen Friedrich Leopold von Preußen. Ueber die Weiterreise des Kaisers sind nunmehr folgende Bestimmungen getroffen: Die Abfahrt von Ems nach Koblenz erfolgt am Dienstag den 14. Juli Nachmittags 4 Uhr; Se. Majestät wird bis zum 16. Abends bei der Kaiserin in Koblenz verweilen und sich dann direkt nach der Insel Mainau begeben, wo die Ankunft am 17. Morgens 9 Uhr stattfindet, von wo aus der Kaiser direkt nach Gastein reist.

Die Nachricht, daß nach Ablauf des Trauerjahres in Braunschweig dem Schwiegersohn des Großherzogs von Sachsen-Weimar, dem Prinzen Heinrich VII. von Reuß, die Regentenwürde angetragen wird, gewinnt an Bestand. Wenn sich der Prinz der ihm gestellten Aufgabe unterzieht, wird die braunschweigische Frage für absehbare Zeit in einer Weise geregelt, die als eine sehr glückliche bezeichnet werden kann. Prinz Reuß, der sich lange Jahre im Reichsdienste als Botschafter in St. Petersburg und Wien bewährt hat, giebt alle Bürgschaften, daß die Regierung in Braunschweig in einem den Interessen des Reiches sowohl als des Landes entsprechenden Sinne geführt wird. Ein Londoner Blatt bringt einen eigenthümlichen Beweis für die Erbitterung des vom Braunschweiger Thron ausgeschlossenen Herzogs von Cumberland gegen Preußen. Derselbe hat die Lieferung des beim Bau seiner großartigen Treibhäuser in Omunden nöthigen Eisenerks einer Leipziger Firma übergeben mit der ausdrücklichen Bedingung, daß die bei deren Herstellung zu verwendenden Arbeiter keine Preußen seien; der beauftragende Ingenieur aber durfte nicht einmal seine Ausbildung in Preußen empfangen haben!

Nach einer Berliner Meldung beträgt die Zahl der aus den östlichen Provinzen Deutschlands ausgewiesenen russischen und österreichischen Unterthanen jetzt rund 30 000. Davon hat thatsächlich erst ein kleiner Theil Deutschland verlassen, die Mehrzahl aber längere Frist; bei Vielen schwebt auch das Verlassen noch. — Infolge der Erzeffe bei dem Turnfest in dem elsässischen Ort Rappoltsweiler sind der dortige Verein „Alsatia“ und der Verein „Olympia“ in Mülhausen, von welchen drei Mitglieder während der Nacht eine deutsche Fahne aus einem Privatgarten vom Baum herabgeholt, mitgenommen und später verbrannt haben, durch Verfügung des Ministeriums aufgelöst worden. — Ueber die angeblich in Wiesbaden ausgebrochene Typhusepidemie berichtet der dortige Polizeipräsident Dr. v. Strauß: „Nachdem der erste Bürgermeister Herr Dr. v. Ibell in der öffentlichen Sitzung des Gemeinderaths eine Erklärung darüber abgegeben hat, daß und in welcher Ausdehnung hier Erkrankungen an Typhus vorgekommen sind, halte ich es für zweckmäßig, um falschen Gerüchten entgegenzutreten, nachstehend die Zahlen über die angemeldeten Erkrankungen zu veröffentlichen. Bis zum 30. Juni d. J. waren im Ganzen 62 Typhusfälle gemeldet. Es wurden dann weiter gemeldet: bis zum 1. Juli 19 Fälle, 2. Juli 29, 3. Juli 36, 4. Juli 69, 5. Juli 70, 6. Juli 62, 7. Juli 65, 8. Juli 34, 9. Juli 26 Fälle. An Todesfällen sind bis jetzt im Ganzen 6 gemeldet. Fortab werde ich bis auf Weiteres täglich die gemeldeten Erkrankungs- und Todesfälle in sämtlichen Tagesblättern veröffentlichen.“

Die Behauptung des „Pester Lloyd“, die ungarische Regierung habe der österreichischen am 20. Juni den Vorschlag zu einer zollpolitischen Einigung vorgelegt, wird von dem offiziellen Wiener „Fremdenblatt“ entschieden bestritten. Dieses ministerielle Organ versichert, daß die österreichische Regierung keine solche Note wegen einer Zollunion mit Deutschland gerichtet habe. Der Irrthum kläre sich dadurch auf, daß die ungarische Regierung bereits viel früher einen hierauf bezüglichen Schriftwechsel mit dem Minister des Auswärtigen